

Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Straßenverkehrsrecht: OLG Frankfurt/M. bejaht Anscheinsbeweis der Unfallverursachung gegen alkoholisierten Fahrer 1
2. Strafrecht: KG bestätigt Verurteilung eines Klimaaktivisten wegen Nötigung durch Teilnahme an Straßenblockade 1
3. Besonderes Verwaltungsrecht: VG Bremen bejaht Dienstunfall bei Covid-Impfschaden einer Polizeibeamtin 2
4. Arbeitsrecht: BAG bejaht Spielraum der Personalvertretung bei der Wahl zwischen Webinar und Präsenzschulung 2
5. Zivilrecht: BGH zur Zulässigkeit von baulichen Veränderungen des Gemeinschaftseigentums zur Barrierereduzierung 2
6. Besonderes Verwaltungsrecht: Nach BayVGH ist Drohnenbefliegung eines Wohngrundstücks zur Beitragserhebung rechtswidrig 3
7. Besonderes Verwaltungsrecht: Nach VG Düsseldorf darf Carsharing-Parkplatz abgeschleppt werden 3
8. Zivilrecht: AG Hannover hält „französisches Bett“ in Hotel nicht für Doppelbett 3

Straßenverkehrsrecht: OLG Frankfurt/M. bejaht Anscheinsbeweis der Unfallverursachung gegen alkoholisierten Fahrer

Kommt es zu einem Unfall in einer Verkehrslage, die ein nüchterner Fahrer hätte meistern können, spricht ein Anscheinsbeweis dafür, dass die Trunkenheit für den Unfall ursächlich war. Dies hat das Oberlandesgericht Frankfurt am Main mit Urteil vom 25.01.2024 (Az.: 26 U 11/23) entschieden und einer schwer verletzten Fußgängerin Schmerzensgeld in Höhe von 52.500 € und Schadensersatz - jeweils unter Berücksichtigung einer Mithaftung von 25 % - zugesprochen. ...

Quelle: *Oberlandesgericht Frankfurt am Main*

[mehr](#)

[nach oben](#)

Strafrecht: KG bestätigt Verurteilung eines Klimaaktivisten wegen Nötigung durch Teilnahme an Straßenblockade

Das Kammergericht hat mit Beschluss vom 31.01.2024 (Az.: 3 ORs 69/23) die Revision eines Klimaaktivisten gegen ein Urteil des Landgerichts Berlin vom Juli 2023 verworfen und damit eine Verurteilung wegen Nötigung (§ 240 StGB) durch Teilnahme an einer Straßenblockade der Gruppierung „Aufstand der

letzten Generation“ bestätigt. Gleichzeitig betonte der Senat, dass es im Rahmen der Verwerflichkeitsprüfung nach § 240 Abs. 2 StGB keinerlei pauschale Bewertungen geben dürfe, dass es vielmehr stets auf die Umstände eines jeden Einzelfalles ankomme. ...

Quelle: berlin.de

[mehr](#)

[nach oben](#)

Besonderes Verwaltungsrecht: VG Bremen bejaht Dienstunfall bei Covid-Impfschaden einer Polizeibeamtin

Gestützt darauf, dass das Land Bremen die Corona-Impfung seiner Polizeibeamten zur dienstlichen Veranstaltung erklärt hatte, hat das Verwaltungsgericht Bremen mit Urteil vom 05.02.2024 (Az.: 7 K 1464/22) einen Impfschaden infolge einer COVID-19-Impfung als Dienstunfall eingestuft. Dabei wurde auch darauf verwiesen, dass der Annahme eines Dienstunfalls nicht entgegensteht, dass sich die Klägerin zum Zeitpunkt der Impfung in Elternzeit befunden hat. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Bremen

[mehr](#)

[nach oben](#)

Arbeitsrecht: BAG bejaht Spielraum der Personalvertretung bei der Wahl zwischen Webinar und Präsenzschiung

Das Bundesarbeitsgericht hat mit Beschluss vom 07.02.2024 (Az.: 7 ABR 8/23) festgestellt, dass eine Personalvertretung bei der Entscheidung, zu welchen Schulungen sie ihre Mitarbeiter sendet, einen Spielraum hat. Daher könne sie - trotz der Tatsache, dass bei einem Präsenzseminar im Hinblick auf die Übernachtung und Verpflegung der Schulungsteilnehmer regelmäßig höhere Kosten anfallen als bei einem Webinar - eine Präsenzschiung auch dann auswählen, wenn ein Webinar mit gleichem Inhalt angeboten wird. ...

Quelle: Bundesarbeitsgericht

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: BGH zur Zulässigkeit von baulichen Veränderungen des Gemeinschaftseigentums zur Barrierereduzierung

Der Bundesgerichtshof hat mit Urteilen vom 09.02.2024 (Az.: V ZR 244/22 und V ZR 33/23) Stellung genommen zu den Voraussetzungen und Grenzen baulicher Veränderungen des Gemeinschaftseigentums, die von einzelnen Wohnungseigentümern als Maßnahmen zur Barrierereduzierung verlangt wurden (Errichtung eines Personenaufzugs an einem Jugendstilhaus bzw. Errichtung einer 65 Zentimeter erhöhten Terrasse nebst Zufahrtsrampe).

Entschieden wurde, dass in den beiden streitgegenständlichen Fällen die Barrierefreiheit vorgeht. ...

Quelle: Bundesgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Besonderes Verwaltungsrecht: Nach BayVGH ist Drohnenbefliegung eines Wohngrundstücks zur Beitragserhebung rechtswidrig

Mit Beschluss vom 15.02.2024 (Az.: 4 CE 23.2267) hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die von einer bayerischen Stadt geplante Drohnenbefliegung eines Wohngrundstücks zur Ermittlung der Geschossfläche als rechtswidrig eingestuft. Dies wurde damit begründet, dass der Befliegung das allgemeine Persönlichkeitsrecht der Anwohner entgegensteht. ...

Quelle: Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

[mehr](#)

[nach oben](#)

Besonderes Verwaltungsrecht: Nach VG Düsseldorf darf Fremdarker von Carsharing-Parkplatz abgeschleppt werden

Das Ordnungsamt darf einen privaten Pkw, der auf einem Carsharing-Parkplatz abgestellt worden ist, unabhängig davon, ob ein Carsharing-Fahrzeug an der Nutzung dieses Parkplatzes konkret gehindert worden ist, abschleppen lassen. Das hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Urteil vom 20.02.2024 (Az.: 14 K 491/23) entschieden. ...

Quelle: Verwaltungsgericht Düsseldorf

[mehr](#)

[nach oben](#)

Zivilrecht: AG Hannover hält „französisches Bett“ in Hotel nicht für Doppelbett

Das Amtsgericht Hannover hat mit Urteil vom 22.02.2024 (Az.: 471 C 6110/23) entschieden, dass Reisende jedenfalls in einem Hotel, das der Reiseveranstalter selbst mit fünf „Sonnen“ bewertet, für jeden Reisenden mit einem Schlafplatz von mehr als 70 cm Breite rechnen dürfen und daher ein Bett mit einer Breite von 1,40 m kein Doppelbett sei. ...

Quelle: Amtsgericht Hannover

[mehr](#)

[nach oben](#)

